

Vorbericht

zum Haushaltsbuch

der Stadt Coesfeld

für das Haushaltsjahr

2010

Gliederung

	<u>Seite</u>
Finanz- und Wirtschaftskrise: Schwierige Rahmenbedingungen für die Haushaltsaufstellung	19.4
Haushaltsentwurf 2010 mit gut 5,5 Mio. € Defizit	19.4
Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage 2010 erneut erforderlich	19.5
Haushalt 2009 dürfte im Wesentlichen wie geplant abschließen	19.6
Grundsätzliches zum NKF-Haushalt 2010	19.7
NKF-bedingte Belastungen erschweren den Haushaltsausgleich	19.10
Bewertungsvereinfachung: Bildung von Festwerten	19.12
Schlüsselzuweisung 2010 um ca. 1,2 Mio. € höher als im Vorjahr	19.13
Solidarbeitrag für die Deutsche Einheit	19.14
Kreisumlage und Zahlung an den Kreis bzgl. der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II	19.16
Das Überschussbudget des Fachbereichs Finanzen und Controlling (Zentralhaushalt)	19.17
Die Zuschussbudgets der Fachbereiche	19.27
Personalaufwendungen steigen 2010 leicht an	19.28
Allgemeine Hinweise zum Gesamtergebnisplan und den Teilergebnisplänen	19.30

	<u>Seite</u>
Gesamtfinanzplan und Teilfinanzpläne	19.30
Kreditermächtigung 2010 übersteigt die Tilgung: Netto-Neuverschuldung von fast 1,7 Mio. €	19.31
Die wichtigsten Baumaßnahmen und Zuweisungen für Bau- maßnahmen	19.32
Verpflichtungsermächtigungen: Auszahlungen erst in späteren Jahren	19.33
Vermögen und Schulden der Stadt	19.33
Kassenlage und Liquiditätssteuerung	19.35
Rahmenbedingungen und Planung für 2010	19.35
Rahmenbedingungen und Planung für 2011 bis 2013	19.36
Haushaltsgestaltung muss auf Konsolidierung ausgerichtet bleiben, es bedarf aber auch der Hilfe von außen	19.38
Resolution des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 01.12.2009	19.39

Finanz- und Wirtschaftskrise: Schwierige Rahmenbedingungen für die Haushaltsaufstellung

Als äußerst schwierig gestalten sich die Rahmenbedingungen für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2010. Angesichts der drastischen Finanz- und Wirtschaftskrise ist festzustellen, dass die Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen, zwischen Einzahlungen und Auszahlungen sich weit geöffnet hat. Es ist, wie auch die Planung für die kommenden Jahre zeigt, nicht zu erkennen, dass sie schnell wieder geschlossen werden könnte.

Im Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts 2009 war von der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits die Rede. Konkrete Auswirkungen kannten wir damals noch nicht. Dass es so schlimm kommen würde, wie es dann später tatsächlich eingetreten ist, war nicht voraussehbar. Der letztjährige Haushalt ist, auch was die Perspektiven der Finanzentwicklung der kommenden Jahre angeht, die sich aus heutiger Sicht wesentlich schlechter darstellen, von der Realität überholt worden.

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2010 ist das Ergebnis kritischer Überprüfung der von den Fachbereichen der Verwaltung angemeldeten Mittelbedarfe. Streichungen, Nichtveranschlagung gewünschter und zum Teil bereits von der Politik befürworteter Maßnahmen sowie Risikoveranschlagungen waren unvermeidlich. Insofern vermag der Entwurf, der gleichwohl noch ein erhebliches Defizit aufweist, nicht zu befriedigen. Aufgabe der Haushaltsberatungen wird es sein, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt durch Verzicht auf wünschenswerte, aber nicht finanzierbare Maßnahmen möglichst zu stärken und nach Wegen zu suchen, die zu einer Verringerung des Defizits beitragen könnten.

Haushaltsentwurf 2010 mit gut 5,5 Mio. € Defizit

Der vorliegende Entwurf des Gesamtergebnisplans 2010 weist ein Defizit von 5.533.000 € aus. Auch für die Folgejahre bis

2013 treten aus heutiger Sicht erhebliche Defizite und damit gegenüber den bisherigen Annahmen Verschlechterungen im Ergebnisplan ein. Nach der jetzigen aktuellen Beurteilung werden positive Jahresergebnisse, wenn nicht eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung erfolgt, für die es derzeit aber keine Anzeichen gibt, in den nächsten Jahren im Haushalt der Stadt Coesfeld nicht erreichbar sein. Für zahlreiche andere Kommunen gilt dies allerdings auch.

Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage 2010 erneut erforderlich

Im Zeitpunkt der Aufstellung des vorliegenden Haushaltsentwurfs ist die NKF-Eröffnungsbilanz der Stadt Coesfeld noch nicht festgestellt. Insofern liegen auch die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 noch nicht vor. Es ist jedoch nach der finanziellen Entwicklung in den beiden genannten Jahren mit hinreichender Sicherheit davon auszugehen, dass die in der Eröffnungsbilanz auszuweisende Ausgleichsrücklage nach Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2007 und Wiederauffüllung auf den Ursprungsbestand von 13.248.818 € im Abschluss des Haushaltsjahres 2008 somit im Haushaltsjahr 2009 in der vollen ursprünglichen Höhe vorhanden ist. Nach der Entwicklung im Haushaltsjahr 2009 ist allerdings zu erwarten, dass die Ausgleichsrücklage bereits in diesem Jahr voraussichtlich in Höhe des geplanten Jahresfehlbetrages einschließlich übertragener Ermächtigungen von gut 4,1 Mio. € belastet werden könnte. Der konkrete Betrag kann erst im Jahresabschluss 2009 festgestellt werden.

Somit würde im Haushaltsjahr 2010 noch eine Ausgleichsrücklage von ca. 9,1 Mio. € vorhanden sein. Ein Bestand in dieser Höhe reicht aus, das lt. Haushaltsentwurf 2010 geplante Defizit von rd. 5,3 Mio. € abzudecken. Der Haushalt gilt damit zwar als ausgeglichen, es wird jedoch Eigenkapital aufgezehrt. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Eigenkapitals wird auf die Übersicht „Voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals“

(Seite 366) verwiesen. Wegen der sich dort abzeichnenden negativen Entwicklung muss weiterhin die Haushaltskonsolidierung oberste Priorität haben. Es muss auf Dauer gelingen, Erträge und Aufwendungen, wozu natürlich auch die durch das NKF eingeführten zusätzlichen Haushaltsbelastungen (wie etwa der Abschreibungsaufwand oder die Zuführung zu Pensionsrückstellungen) gehören, in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander zu bringen. Anderenfalls droht nach Aufzehrung der Ausgleichsrücklage und massiver Verringerung der allgemeinen Rücklage der Rückfall in die Einschränkungen des Haushaltssicherungskonzepts.

Haushalt 2009 dürfte im Wesentlichen wie geplant abschließen

Bevor wir uns im Detail dem Haushaltsjahr 2010 zuwenden, soll die Entwicklung im Haushaltsjahr 2009, speziell im Ergebnisplan, kurz beleuchtet werden. Der Ergebnisplan mit einem ursprünglich ausgewiesenen Fehlbedarf von 3.746.000 €, der sich durch aus dem Vorjahr übertragene Ermächtigungen gemäß § 22 Gemeindehaushaltsverordnung auf 4.141.638 € erhöht hat, kann nach den jetzt aktuell bei Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2010 vorliegenden Erkenntnissen voraussichtlich im Wesentlichen wie erwartet abgewickelt und abgeschlossen werden. Eine gewisse Verschlechterung gegenüber der Planung kann allerdings vor allem wegen eingetretener Steuerausfälle nicht ausgeschlossen werden.

Negativ zu verzeichnen ist in erster Linie, dass die Gewerbesteuer (netto, unter Berücksichtigung der ersparten Gewerbesteuerumlage) im Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung um rd. 700.000 € unter dem veranschlagten Betrag liegt. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist mit einem Ausfall von rd. 500.000 € zu rechnen, so dass insgesamt von den Haushalt 2010 belastenden Steuerausfällen von etwa 1,2 Mio. € auszugehen ist. Dagegen zeichnet sich ab, dass es gelingen könnte, bei den Zinsaufwendungen rd. 0,3 Mio. € einzusparen. Es darf

auch darauf hingewiesen werden, dass erfahrungsgemäß in den Zuschussbudgets nicht alle Ermächtigungen ausgeschöpft werden, so dass sich auch hier noch Verbesserungen ergeben können. Letztlich muss somit die weitere Entwicklung bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres 2009 abgewartet werden; dies gilt auch für die endgültige Höhe von Abschreibungsbeträgen, Rückstellungen etc.

Die zur Finanzierung von Investitionen vorgesehene Kreditermächtigung 2009 von 490.650 € wurde bisher nicht realisiert. Ob darauf auch endgültig verzichtet werden kann, bleibt ebenfalls abzuwarten. Es wird aber angestrebt, von der Kreditaufnahme abzusehen und damit den Schuldenabbau voranzutreiben. Dies erscheint gerade auch im Hinblick auf die im vorliegenden Haushaltsentwurf 2010 vorgesehene erhebliche Netto-Neuverschuldung besonders wichtig.

Grundsätzliches zum NKF-Haushalt 2010

Die Verabschiedung des Haushalts 2010 durch den Rat ist nach bisheriger Planung für den 25. Februar 2010 vorgesehen. Anschließend ist die Haushaltssatzung dem Landrat in Coesfeld als untere staatliche Verwaltungsbehörde (Kommunalaufsicht) anzuzeigen. Bis zur öffentlichen Bekanntmachung der Satzung und damit ihrem Inkrafttreten wird es somit wieder eine Phase der vorläufigen Haushaltsführung mit den entsprechenden Einschränkungen geben.

Der NKF-Haushaltsplan besteht aus Gesamtergebnisplan, Gesamtfinanzplan und den entsprechenden Teilplänen. Dabei werden zunächst die Teilpläne abgebildet, die sich auf die von den NKF-Regelungen verbindlich vorgeschriebenen Produktbereiche beziehen. Es gibt 17 Bereiche, von denen jedoch die Bereiche 07 (Gesundheitsdienste) und 17 (Stiftungen) für die Stadt Coesfeld nicht relevant sind. Weiterhin wird der Produktbereich 14 (Umweltschutz) nicht bebucht; es werden zahlreiche Aktivitäten im Umweltschutz durchgeführt, die Finanzmittel sind

den sachlich zuständigen Bereichen (zum Beispiel Grünanlagen oder energetische Maßnahmen) zugeordnet.

Unterhalb dieser verbindlichen Produktbereichsebene ist nach den NKF-Regelungen eine weitere Untergliederung der Teilpläne nach den eigenen Bedürfnissen der Gemeinden zugelassen. Daher schließt sich im Haushalt der Stadt Coesfeld sodann die Darstellung der Teilpläne auf der Ebene von Produkten nach den örtlich vorhandenen Verantwortungsbereichen an (Fachbereiche der Verwaltung, zunächst die Zuschussbudgets, abschließend das Überschussbudget Zentralhaushalt/Finanzen und Controlling), und zwar in der bereits aus der Vergangenheit bekannten budgetierten Form. Die Gesamtheit der Produkte eines Fachbereichs stellt jeweils ein Budget dar, in dem – wie bisher – eine flexible Haushaltsbewirtschaftung ermöglicht wird.

Zu jedem Produkt findet sich zunächst eine kurz gefasste Produktinformation mit Beschreibung, Auftragsgrundlage, Zielgruppen und allgemeinen Zielen. Erstmals sind 2010 bei den jeweiligen Produkten auch die Stellenanteile laut Stellenplan angegeben. Wie bisher sind in den Produktinformationen Wirkungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung enthalten, damit, wie vom NKF verlangt, relevante und hilfreiche Größen für die politische Steuerung zur Verfügung stehen. Für notwendig gehaltene Anpassungen und Ergänzungen des Ziel-/Kennzahlensystems sind im Rahmen der Haushaltsberatungen selbstverständlich möglich und auch gewollt.

Im Anschluss an die Produktinformationen werden der jeweilige Teilergebnisplan sowie der jeweilige Teilfinanzplan dargestellt. Soweit zutreffend folgt dann die Auflistung der jeweils vorgesehenen Investitionen, aufgeteilt in Investitionen oberhalb und unterhalb der Wertgrenze. Die Wertgrenze, ab der Maßnahmen einzeln darzustellen sind, ist im Entwurf der Haushaltssatzung mit 30.000 € vorgeschlagen worden.

In den Haushaltsentwurf 2010 sind die Haushaltsansätze des Jahres 2009, erhöht um die aus 2008 übertragenen Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen, eingeflossen und jeweils in der Spalte Ansatz 2009 dargestellt. Das ebenfalls zu zeigende Ergebnis des Jahres 2008 kann allerdings, da die NKF-Eröffnungsbilanz derzeit noch nicht festgestellt ist und somit auch die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 noch nicht vorliegen, nur in vorläufiger Form dargestellt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die als vorläufiges Ergebnis 2008 aufgezeigten Beträge dem derzeitigen Buchungsstand entsprechen und daher Vergleiche mit den folgenden Haushaltsjahren erlauben. Es sind jedoch noch nicht alle Buchungen, z. B. der Abschreibungsaufwendungen, der aktivierten Eigenleistungen oder die Zuordnung der Schulpauschale durchgeführt worden. Insofern ist insbesondere auch die Aufsummierung der Einzelbeträge noch vorläufig, so dass die ausgewiesenen Summen für Vergleichszwecke ungeeignet sind.

Im Ergebnisplan bzw. in der Ergebnisrechnung (im kaufmännischen Bereich als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet) bilden Aufwand und Ertrag als zentrale Rechengrößen den Ressourcenverbrauch bzw. das Ressourcenaufkommen periodengerecht ab. Im Aufwand und im Ertrag sind zahlungswirksame Größen, aber auch nicht zahlungswirksame Größen, wie z. B. Abschreibungen oder die Auflösung und Zuführung von Rückstellungen, enthalten.

Der Ergebnisplan ist auch das Kernelement des NKF-Haushaltsplans. Hier zeigt sich, ob ein positives oder negatives Jahresergebnis erzielt wird, ob der von der Gemeindeordnung vorgeschriebene Haushaltsausgleich erreicht wird. Dazu muss der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreichen oder übersteigen. Die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich gilt als erfüllt, wenn ein Fehlbetrag im Ergebnisplan bzw. ein Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Dies ist und bleibt im Ergebnis aber ein Verzehr von Eigenkapital, der auch nicht unbegrenzt fortgesetzt werden

kann, ohne wieder in die Situation zu kommen, dass erneut ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen wäre. In der Bilanz ist die Ausgleichsrücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen.

Da die Feststellung der NKF-Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01. Januar 2007 gegenwärtig noch aussteht, sind die im Entwurf des Ergebnisplans für 2010 vorgesehenen Abschreibungsbeträge sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten noch nicht als endgültig anzusehen. Derzeitige Grundlage für ihre Ermittlung ist der Entwurf der Eröffnungsbilanz, so dass spätere Abweichungen insofern noch möglich sind.

Im Finanzplan bzw. in der Finanzrechnung werden demgegenüber alle Einzahlungen und Auszahlungen dargestellt, woraus sich ein Liquiditätssaldo ergibt. Es handelt sich um die Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, aber auch aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Insofern finden sich hier insbesondere auch die Informationen und Ermächtigungen wieder, die im früheren kameralen Vermögenshaushalt zu finden waren.

NKF-bedingte Belastungen erschweren den Haushaltsausgleich

Hier sind zunächst die bereits erwähnten Abschreibungsbeträge anzuführen. Im Entwurf des Ergebnisplans sind Abschreibungen von rd. 6,1 Mio. € enthalten, die sich wie folgt aufteilen: rd. 2,9 Mio. € auf Straßen und Wege im Außenbereich, ca. 2,0 Mio. € auf Gebäude und ca. 1,2 Mio. € auf sonstige Bereiche, z. B. Betriebs- und Geschäftsausstattung oder Fahrzeuge. Gegenüber dem Vorjahres-Haushalt hat sich im Entwurf 2010 hinsichtlich der Höhe der Abschreibungen keine nennenswerte Änderung ergeben. Die konkreten Aufwendungen ergeben sich erst im Anschluss an die Feststellung der Eröffnungsbilanz. Den Abschreibungen steht die Auflösung von Sonderposten,

z. B. aus Erschließungsbeiträgen oder Zuweisungen, in einer Höhe von insgesamt 3,0 Mio. € gegenüber, die derzeit, grob skizziert, wie folgt vorgesehen ist: 1,9 Mio. € für Straßen und Wege im Außenbereich, 0,9 Mio. € für Gebäude und 0,2 Mio. € für sonstige Bereiche, z. B. Fahrzeuge oder Hochwasserschutzanlagen. Per Saldo verbleibt hieraus somit eine Belastung des Ergebnisplans von etwa 3,1 Mio. €.

Auch im Bereich der Personalaufwendungen ergibt sich per Saldo eine NKF-bedingte Mehrbelastung von gut 0,6 Mio. € gegenüber früheren kameralen Positionen. Es handelt sich um Zuführung zu Pensions- und Beihilferückstellungen für Beschäftigte der Stadt (926.000 €), ferner um die entlastend wirkende Auflösung bzw. Herabsetzung von Pensions- und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger (322.000 €) aufgrund versicherungsmathematischer Berechnungen.

Eine weitere Belastung in Höhe von ebenfalls gut 0,4 Mio. € ergibt sich dadurch, dass die früher investiv und damit kreditfinanzierungsfähig veranschlagte Krankenhausinvestitionsumlage, die an das Land Nordrhein-Westfalen zu zahlen ist, im NKF-Haushalt als Aufwandsposition im Ergebnisplan vorzusehen ist.

Die früheren kameralen Verwaltungshaushalte waren jeweils durch die (Pflicht-)Zuführungen an den Vermögenshaushalt (in Höhe des für die ordentliche Kredittilgung erforderlichen Betrages) belastet. Diese Position entfällt im NKF; die Kredittilgung ist kein aus dem Ergebnisplan bereitzustellender Aufwand, so dass sich insoweit eine Entlastung des Ergebnisplans in Höhe von ca. 930.000 € einstellt.

Insgesamt ergibt sich aus den genannten Gründen eine zusätzliche Belastung des NKF-Ergebnisplans gegenüber früheren kameralen Verwaltungshaushalten von derzeit rd. 3,2 Mio. € pro Jahr. Auch diese muss aber im NKF grundsätzlich und auf Dauer, um den Haushaltsausgleich darstellen zu können, im Sinne intergenerativer Gerechtigkeit erwirtschaftet werden.

Im vorgelegten Entwurf des Haushalts 2010 gelingt dies leider nicht. Die Dramatik der finanzwirtschaftlichen Lage wird deutlich, wenn man bedenkt, dass das Defizit im Entwurf des Ergebnisplans sogar um 2,3 Mio. € über der durch den Umstieg in das NKF bewirkten Haushaltsbelastung von 3,2 Mio. € liegt.

Es bleibt somit, wenn keine Einsparmöglichkeiten mehr gesehen werden und auch keine Ertragsverbesserungen zu generieren sind, nur die Möglichkeit, die Ausgleichsrücklage in Anspruch zu nehmen. Nach § 75 Abs. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen gilt die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich bei Aufstellung des Haushaltsplanes als erfüllt, wenn der Fehlbedarf (lt. Entwurf des Ergebnisplans 2010 rd. 5,5 Mio. €) durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Dies ist aber, auch wenn wegen der noch nicht festgestellten Eröffnungsbilanz und der noch fehlenden Abschlüsse der Jahre 2007 bis 2009 der genaue Bestand noch nicht feststeht, hinsichtlich des Defizits im Entwurf des Ergebnisplans 2010 mit Sicherheit der Fall.

Bewertungsvereinfachung: Bildung von Festwerten

Es wird Gebrauch gemacht von der Bewertungsvereinfachungsmöglichkeit des § 34 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung. Nach dieser Vorschrift können für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für Waren, die regelmäßig ersetzt werden und deren Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist, Festwerte gebildet werden. Voraussetzung ist, dass der Bestand in seiner Größe, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Schwankungen unterliegt. Es wird davon ausgegangen, dass hinsichtlich der in den Festwert einbezogenen Vermögensgegenstände lediglich Ersatzbeschaffungen vorzunehmen sind. Die Gegenstände werden nicht planmäßig abgeschrieben, die Ersatzbeschaffungen stellen jedoch (sozusagen als Abschreibungsersatz) Aufwand im Ergebnisplan und in der

Ergebnisrechnung dar; der Ressourcenverbrauch im Haushaltsjahr wird also abgebildet.

Im Ergebnisplan-Entwurf 2010 sind für die zu bildenden Festwerte folgende Aufwendungen vorgesehen:

Festwert Mobiliar (FB 10 für die Gesamtverwaltung)	36.000 €
Festwert EDV Hardware (FB 10 für die Gesamtverwaltung)	66.300 €
Festwert Dienst-/Schutzbekleidung (Feuerwehr)	55.200 €
Festwert Schläuche (Feuerwehr)	3.000 €
Festwert Medien (Stadtbücherei)	41.000 €
Festwert Mobiliar (Schulen)	148.180 €
Festwert Straßenbeleuchtung	235.000 €
Festwert Grünanlagen	81.500 €
Summe der Beschaffungen zu Festwerten	666.180 €

Der Vereinfachungsvorteil ist darin zu sehen, dass in der Anlagenbuchhaltung eine große Anzahl von Vermögensgegenständen jeweils nur als ein „einziger“ Vermögensgegenstand ausgewiesen wird und außerdem keine jährlichen Abschreibungen zu erfassen sind. Die Auszahlungen für die Ersatzbeschaffungen sind zwar Aufwand, haushaltsmäßig aber als Investition anzusehen – mit der Folge, dass eine Kreditfinanzierung erfolgen darf.

Schlüsselzuweisung 2010 um ca. 1,2 Mio. € höher als im Vorjahr

Auf einige für den Haushalt und die aktuelle Finanzsituation bedeutsame Erträge und Aufwendungen, Ein- und Auszahlungen soll nachstehend detaillierter eingegangen werden, zunächst auf die 2010 zu erwartende Schlüsselzuweisung.

Nach dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 und der inzwischen vorliegenden dritten Proberechnung des Landesbetriebs IT NRW ist für 2010 eine Schlüsselzuweisung von gut 9.750.000 € zu erwarten. Der Vorjahresansatz betrug

rd. 8.550.000 €. Somit wird die Stadt Coesfeld 2010 eine um rd. 1,2 Mio. € höhere Schlüsselzuweisung als im Vorjahr vereinnehmen können.

Der Hauptgrund hierfür liegt in der für den Finanzausgleich 2010 maßgeblichen Steuerkraft der Stadt Coesfeld. Diese ist vor allem durch die geringeren Gewerbesteuererträge in der Referenzperiode Juli 2008 bis Juni 2009 überdurchschnittlich, und zwar um 7,2 % (Landesdurchschnitt -3,0 %) gegenüber der Vorperiode gesunken und trägt somit entscheidend zu dem Anstieg der Schlüsselzuweisung 2010 bei.

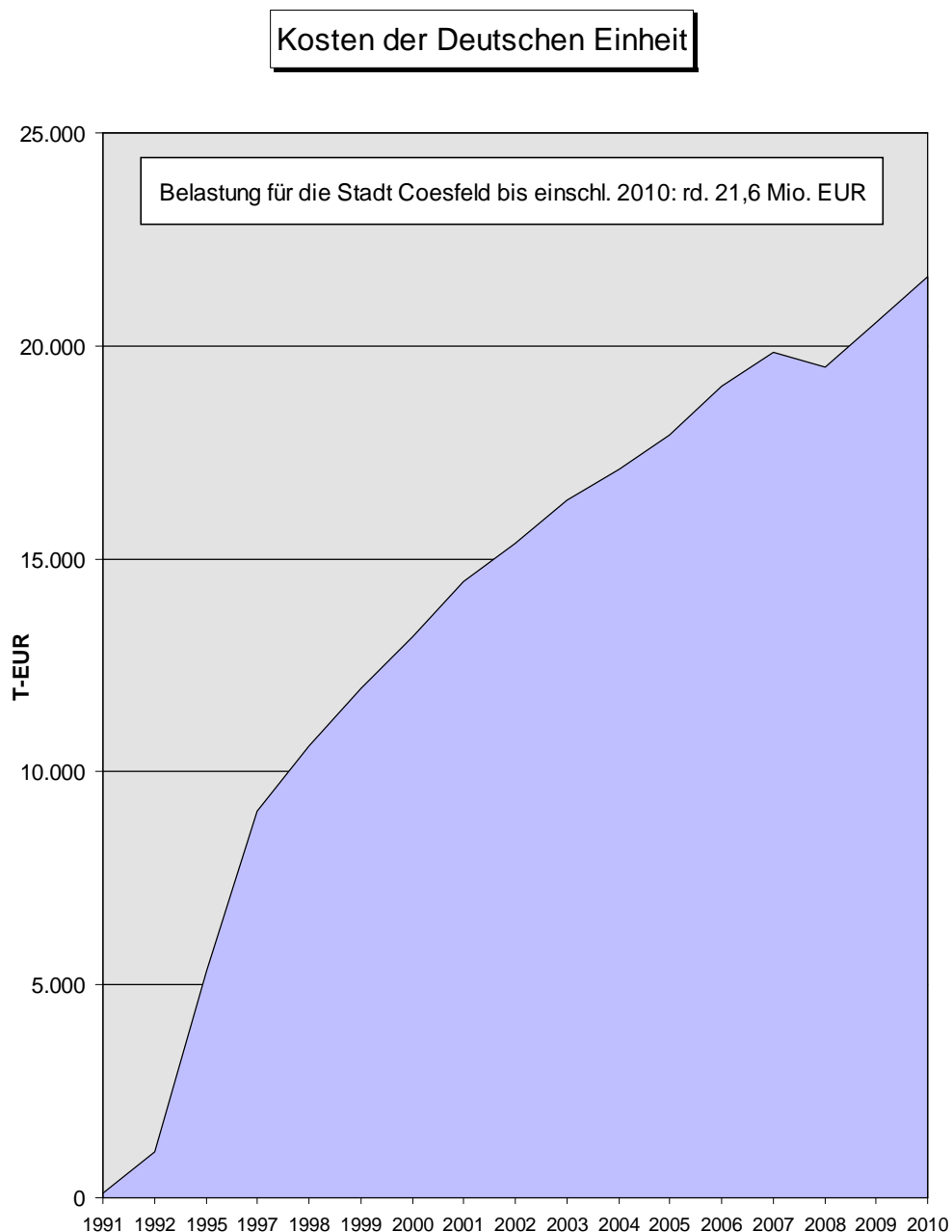
Solidarbeitrag für die Deutsche Einheit

Seit 2006 wird der von den Gemeinden aufzubringende Solidarbeitrag für die Deutsche Einheit ausschließlich über die bundesgesetzlich geregelte erhöhte Gewerbesteuerumlage erbracht. Diesbezüglich ist im Entwurf des Ergebnisplans 2010 in Abhängigkeit von den erwarteten Gewerbesteuererträgen ein Betrag von rd. 1,1 Mio. € vorgesehen. Eine Abrechnung für Vorjahre erfolgt grundsätzlich nicht mehr.

Allerdings hat der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen im Dezember 2007 entschieden, dass das Land die Kommunen in der Vergangenheit mit einer zu hohen Finanzierungsbeteiligung an den Kosten der Deutschen Einheit belastet hat. Insofern ist den Kommunen, auch der Stadt Coesfeld, im Jahre 2008 abschlagsweise ein Betrag erstattet worden. Eine gesetzliche Regelung des Landes zur endgültigen Abrechnung steht nunmehr kurz bevor. Sie wird voraussichtlich einen Kompromiss zwischen unterschiedlichen gutachterlichen Auffassungen zur Berechnung des kommunalen Anteils darstellen. Nach einer bereits vorliegenden Modellrechnung kann die Stadt Coesfeld nicht mit einer weiteren Erstattungsleistung für vergangene Jahre rechnen. Sie hat andererseits aber auch keine Rückzahlung zu leisten, obwohl ihr nach den neuen Berechnungskriterien bereits zu viel erstattet wurde. Das Land stellt rd. 251 Mio. € zur

Verfügung, damit alle Kommunen die erhaltenen Abschläge behalten können.

Das folgende Diagramm bietet einen Überblick über die in den 19 Jahren von 1991 bis 2009 von der Stadt Coesfeld erbrachten bzw. in 2010 voraussichtlich zu erbringenden Aufwendungen für die Deutsche Einheit. Die Stadt Coesfeld wird mit insgesamt rd. 21,6 Mio. € belastet. Die in 2008 abschlagsweise erstatteten überzahlten Beträge sind hierbei mindernd berücksichtigt.



Kreisumlage und Zahlung an den Kreis bzgl. der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II

Im Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung des städtischen Haushalts liegen konkrete Angaben zur Höhe der 2010 an den Kreis Coesfeld zu leistenden Zahlungen noch nicht vor, sondern lediglich ein Eckdatenpapier des Landrats des Kreises Coesfeld und ergänzende Aussagen des Kreises, wonach von einer Steigerung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr um 3,14 %-Punkte auszugehen ist und im Übrigen weitere Änderungen des Hebesatzes (zum Beispiel bedingt durch die Entwicklung der Landschaftsumlage oder der Schlüsselzuweisung des Kreises) noch folgen könnten.

2009 wurde der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage auf 33,46 % festgelegt, woraus sich aufgrund der für die Stadt Coesfeld 2009 geltenden Umlagegrundlagen letztlich eine Kreisumlagenzahlung von rd. 12,8 Mio. € errechnet hat. 2010 sind die Umlagegrundlagen der allgemeinen Kreisumlage nach der derzeit aktuellen Proberechnung des Landesbetriebs IT NRW für den Kreis insgesamt um 4,5 Mio. € zurückgegangen, woraus sich bei gleichbleibendem Hebesatz von 33,46 % ein Ertragsausfall im Kreishaushalt von gut 1,5 Mio. € ergeben würde. Um diesen Ausfall zu kompensieren würde eine Erhöhung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage gegenüber 2009 um 0,7 %-Punkte ausreichen. Darüber hinaus soll aber der Hebesatz um weitere 2,44 %-Punkte steigen. Begründet wird diese exorbitante Hebesatzerhöhung mit einer Reihe von Verschlechterungen im Kreishaushalt 2010 von insgesamt rd. 6,6 Mio. €, vor allem einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen von ca. 2,2 Mio. € und rd. 1,4 Mio. € gestiegenen Personalaufwendungen.

Im vorliegenden Entwurf wird von einer von der Stadt Coesfeld 2010 an den Kreis zu zahlenden Umlage von 13.665.000 € (einschl. 50 % der SGB-II-Kosten) ausgegangen. Der Zahlungsbetrag errechnet sich durch Anwendung des voraussichtlichen Hebesatzes von 36,6 % auf die für die Stadt Coesfeld gelten-

den Umlagegrundlagen von 37.334.144 €, die übrigens gegenüber dem Vorjahr um rd. 950.000 € gesunken sind. Trotz deutlich niedrigerer Umlagegrundlagen (hieraus wird deutlich, dass die städtische Finanzausstattung erheblich schlechter geworden ist) muss somit die Stadt Coesfeld wegen der drastischen Anhebung des Kreisumlagehebesatzes eine um gut 850.000 € oder rd. 6,7 % höhere Kreisumlage zahlen. Solche Anstiege kann der städtische Haushalt nicht verkraften. Zur Verdeutlichung: Die komplette Schlüsselzuweisung von knapp 9,8 Mio. €, die Coesfeld 2010 erhalten soll, kann gleich an den Kreis durchgereicht werden. Darüber hinaus müssen dann aber noch weitere rd. 3,9 Mio. € bereitgestellt werden, damit die Kreisumlage vollständig bezahlt werden kann.

In die allgemeine Kreisumlage wird der Kreis wie in den Vorjahren auch 2010 50 % der von den kreisangehörigen Gemeinden zu erstattenden Kosten der Unterkunft nach dem SGB II einkalkulieren und die restlichen 50 % außerhalb der Kreisumlage spitz mit den Städten und Gemeinden abrechnen. Um die Gesamtbelastung des städtischen Aufwands nach dem SGB II an einer Stelle im Haushalt, und zwar bei dem sachlich zuständigen Produkt 50.01, deutlich zu machen, erfolgt eine haushaltsinterne Erstattung des Produkts 50.01 in Höhe des in der Kreisumlage enthaltenen SGB-II-Anteils (knapp 1,1 Mio. €) an den Zentralhaushalt, in dem die zu zahlende Kreisumlage veranschlagt ist.

Das Überschussbudget des Fachbereichs Finanzen und Controlling (Zentralhaushalt)

Grundlage für die im Rahmen des Budgetierungsverfahrens vorzunehmende Mittelzuweisung an die einzelnen Budgets ist neben deren Bedarf der im Zentralhaushalt (Budget Finanzen und Controlling) zur Verfügung stehende Überschuss der allgemeinen Finanzierungsmittel. Dieser reicht allerdings auch im Jahre 2010 nicht aus, die kumulierten Zuschussbedarfe der

Budgets zu decken, so dass letztlich ein ausgeglichener Haushalt nicht dargestellt werden kann.

Budget "Finanzen und Controlling"

	Ansatz 2009 EUR	Ansatz 2010 EUR	Abweichung EUR
<u>Erträge</u>			
Grundsteuern	5.228.000	5.230.000	+2.000
Gewerbesteuer	12.750.000	12.500.000	-250.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	11.913.000	10.397.000	-1.516.000
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	1.692.000	1.683.000	-9.000
Sonstige Steuern	350.000	370.000	+20.000
Ausgleichszahlungen n. d. Familienleistungsausgleich/Kinderbonus	1.063.700	1.367.100	+303.400
Schlüsselzuweisungen	8.550.400	9.750.200	+1.199.800
Rückzahlung Finanzierungsbeiträge Deutsche Einheit	0	0	+0
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	2.215.000	2.064.700	-150.300
Eigenkapitalverzinsung Abwasserwerk	700.000	900.000	+200.000
Interne Leistungsverrechnung SGB II Aufwendungen	1.021.700	1.050.300	+28.600
Sonstige Erträge	630.900	587.800	-43.100
Summe der Erträge	46.114.700	45.900.100	-214.600
<u>Aufwendungen</u>			
Kreisumlage	12.806.700	13.665.000	+858.300
Zinsen	1.577.100	1.612.100	+35.000
Gewerbesteuerumlage	2.003.600	2.114.000	+110.400
Zahlungsverpflichtung Solidarbeitrag	0	0	+0
Personalaufwendungen	811.600	828.200	+16.600
Krankenhausinvestitionsumlage	420.000	410.000	-10.000
Bilanzielle Abschreibungen (tlw. pauschal)	81.800	80.100	-1.700
Sonstige Aufwendungen	174.500	146.900	-27.600
Summe der Aufwendungen	17.875.300	18.856.300	+981.000
Erträge ./ Aufwendungen = Überschuss zur Finanzierung der Zuschussbudgets	28.239.400	27.043.800	-1.195.600

In der Summe sinken die Erträge 2010 gegenüber den Werten des Vorjahres um gut 0,2 Mio. €. Dabei gibt es durchaus gegenläufige Tendenzen. Auf den Anstieg gegenüber dem Vorjahr von rd. 1,2 Mio. € bei der Schlüsselzuweisung wurde bereits hingewiesen. Er reicht allerdings nicht einmal aus, die Reduzierung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer zu kompensieren, die nach Regionalisierung der November-Steuerschätzung ca. 1,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahresansatz betragen wird. Die tatsächlichen Erträge blieben im Vorjahr jedoch auch bereits um rd. 0,5 Mio. € hinter dem Ansatz zurück.

Bei den Ausgleichszahlungen nach dem Familienleistungsausgleich/Kinderbonus wird mit 0,3 Mio. € höheren Erträgen gerechnet, ebenso mit einer gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. € erhöhten Abführung des Abwasserwerks für die Verzinsung des Eigenkapitals.

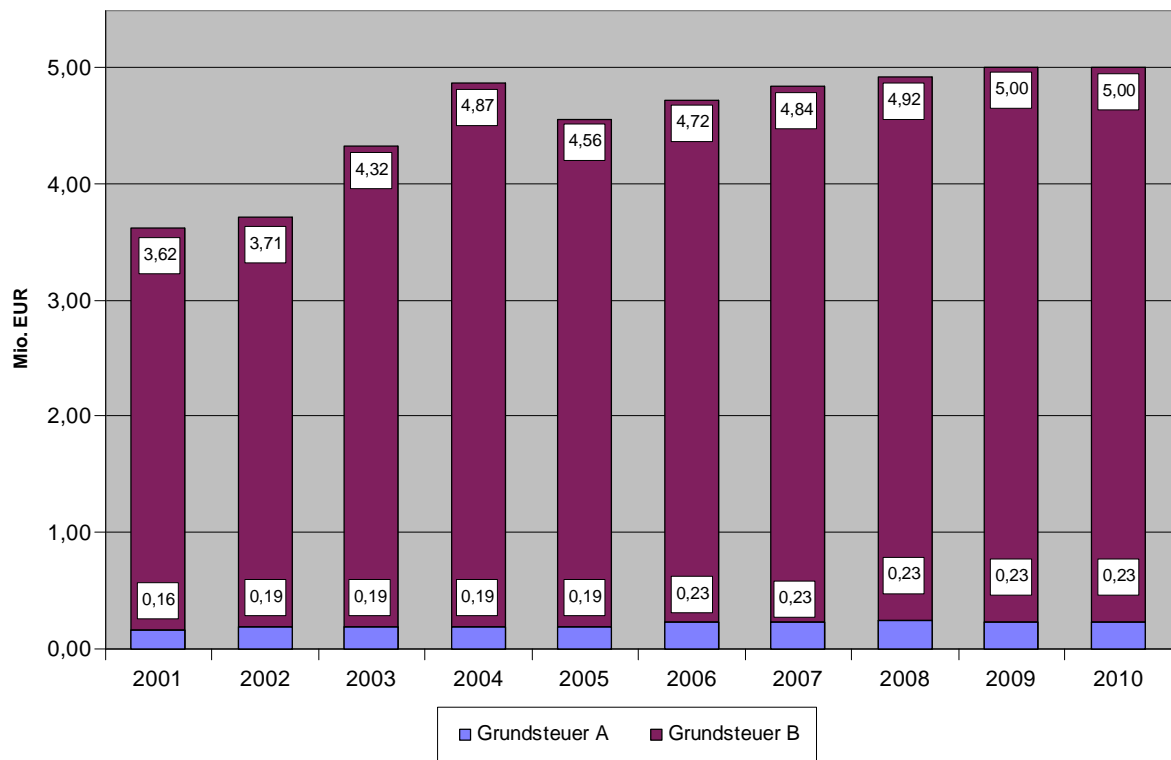
Ein Ausfall in Höhe von 250.000 € gegenüber dem Vorjahresansatz von 12,75 Mio. € ist bei der Gewerbesteuer eingeplant. Es handelt sich angesichts eines voraussichtlichen Ergebnisses 2009 von knapp unter 12 Mio. € um eine Risikoveranschlagung, die von der Hoffnung getragen ist, dass die Wirtschaft die Auswirkungen der Finanzkrise überwinden kann. Ein nennenswerter Rückgang von rd. 150.000 € ist auch bei den Gewinnanteilen/Konzessionsabgaben der Wirtschaftsbetriebe bzw. Stadtwerke vorauszusehen.

Während somit die Erträge im Überschussbudget per Saldo um rd. 0,2 Mio. € sinken, steigen die Aufwendungen in ihrem Gesamtbetrag gegenüber dem Jahr 2009 um ca. 1 Mio. € an. Die Ursache ist ganz überwiegend und eindeutig in der um rd. 860.000 € erhöhten Kreisumlage zu sehen. Hinsichtlich der Gewerbesteuerumlage ist darauf hinzuweisen, dass der sich trotz einer verringerten Ertragserwartung ergebende Mehrbedarf von rd. 110.000 € gegenüber dem Vorjahr auf den Anstieg der Vervielfältigerpunkte zur Berechnung der Umlage von 66 in 2009 auf 71 in 2010 zurückzuführen ist.

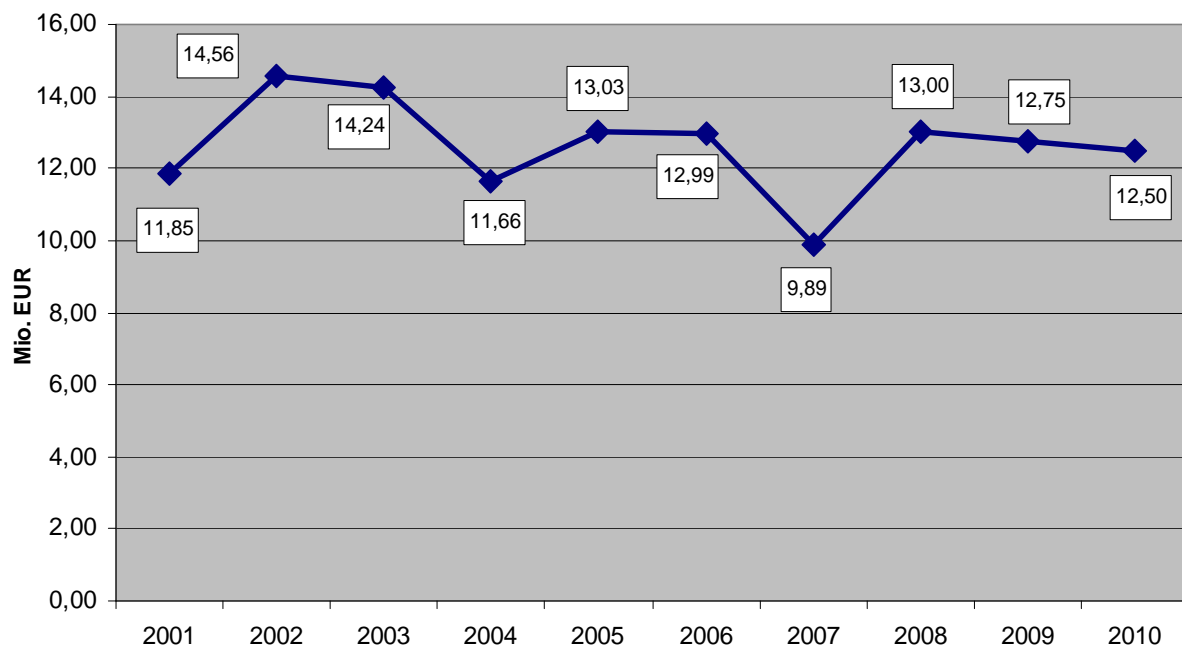
Zur Finanzierung der Bedarfe der Zuschussbudgets steht demnach lt. Haushaltsentwurf 2010 im Überschussbudget ein Betrag von rd. 27 Mio. €, somit rd. 1,2 Mio. € weniger als im Vorjahr, zur Verfügung. Diese Verschlechterung im Überschussbudget Zentralhaushalt trifft mit teils erheblichen Mehrbedarfen und damit ebenfalls Verschlechterungen in den Zuschussbudgets zusammen. Der Überschuss im Zentralhaushalt reicht bei weitem nicht aus, dass der Entwurf des Gesamtergebnisplans 2010 ausgeglichen gestaltet werden könnte. Es verbleibt vielmehr ein Fehlbedarf von rd. 5,5 Mio. €.

Wichtige Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen des Zentralhaushalts im Vergleich der Jahre 2007 bis 2010 sowie ihre Entwicklung als kamerale Einnahmen und Ausgaben der Vorjahre sind auch in den folgenden Grafiken nochmals veranschaulicht.

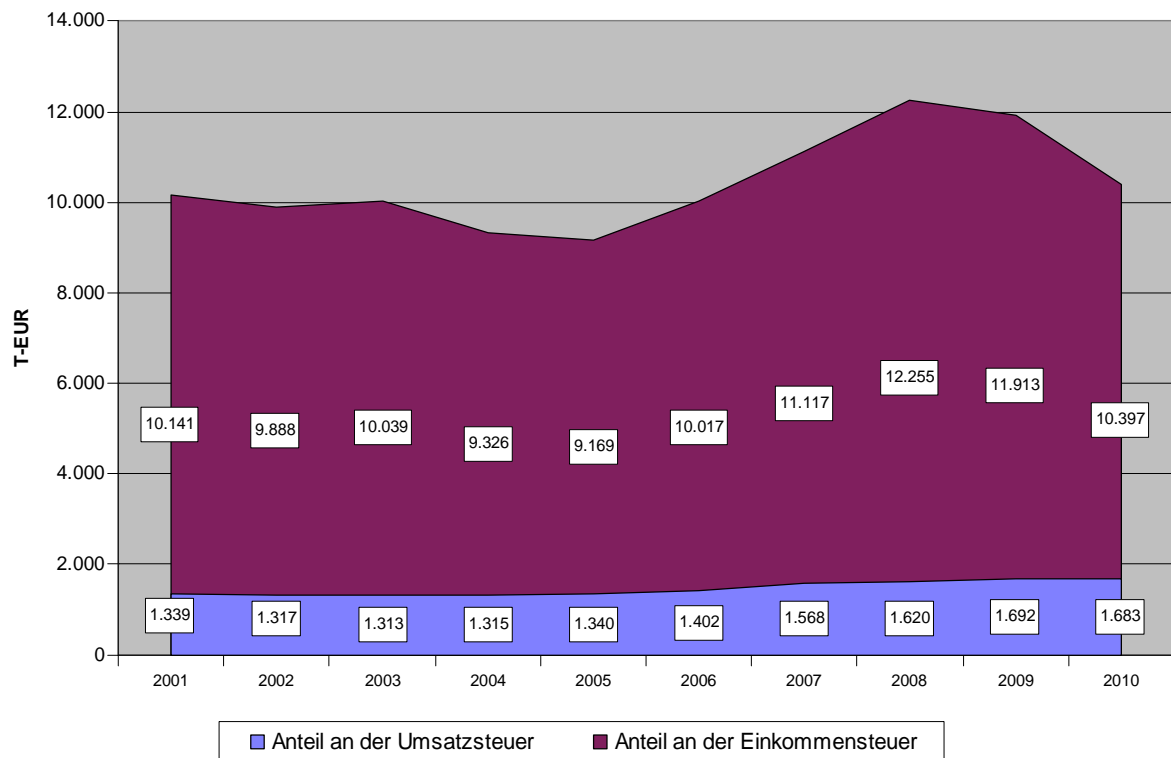
Entwicklung der Grundsteuern



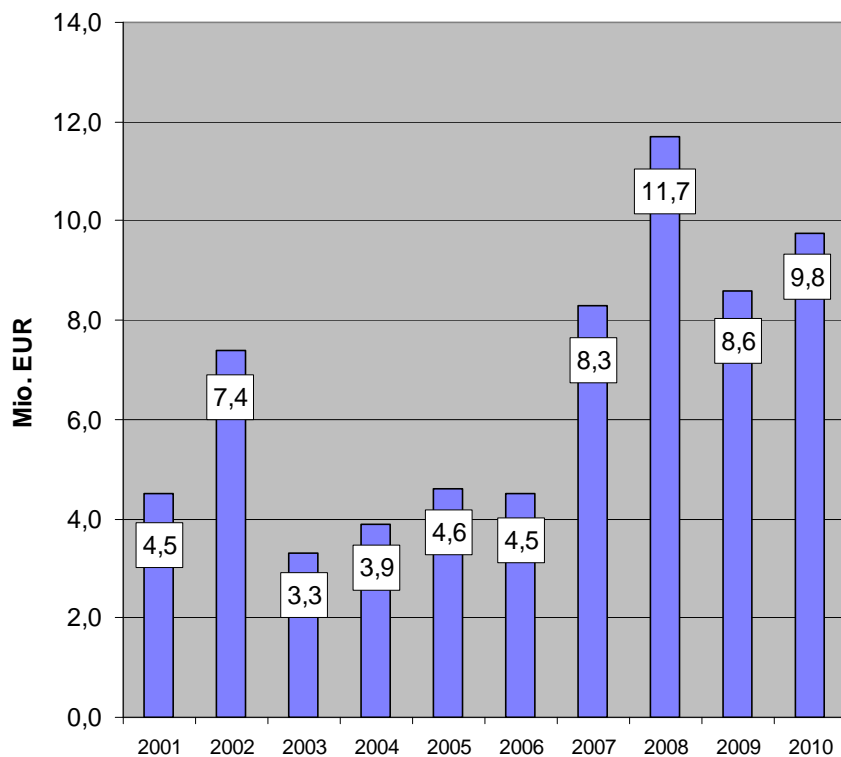
Entwicklung der Gewerbesteuer



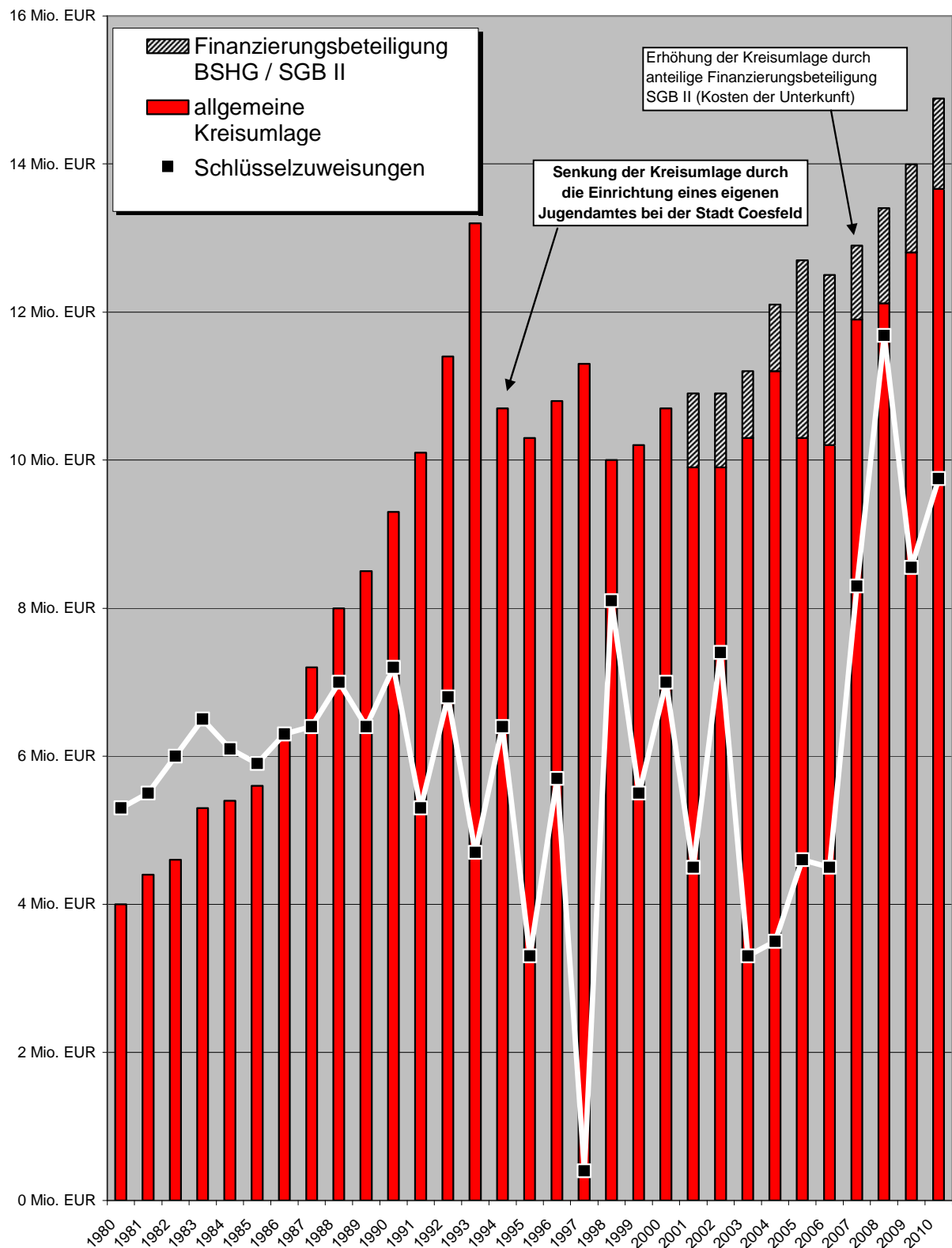
Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer



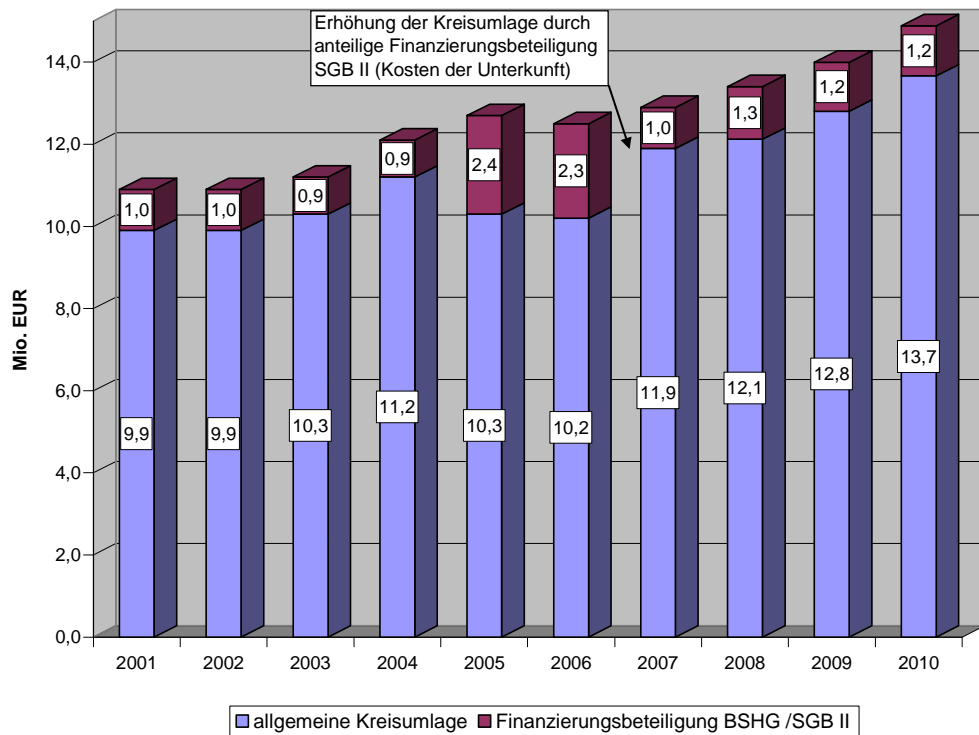
Entwicklung der Schlüsselzuweisung - nicht kalkulierbare Schwankungen -



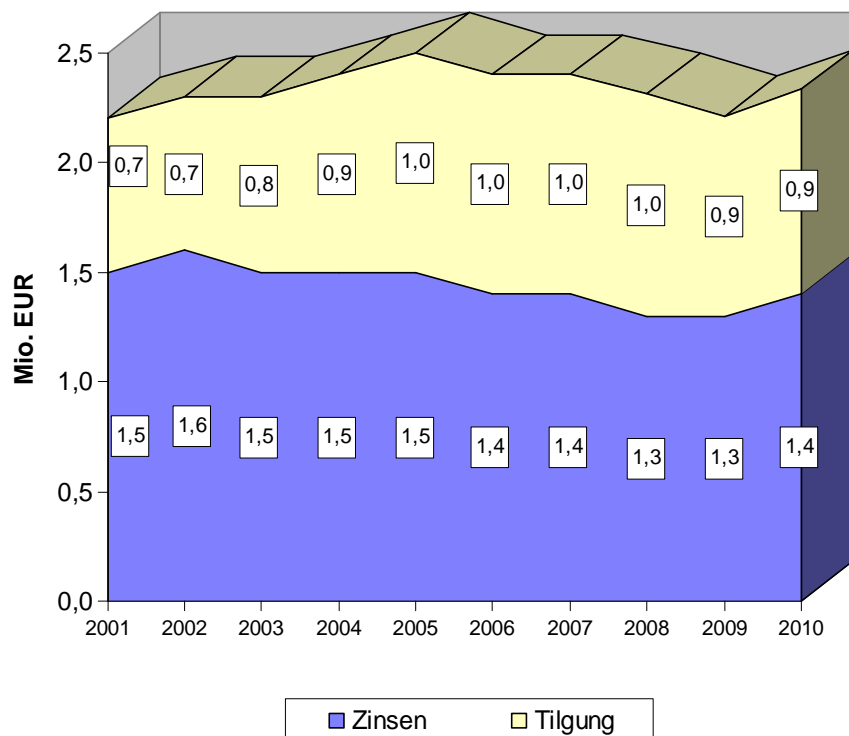
Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und der Zahlungen an den Kreis seit 1980



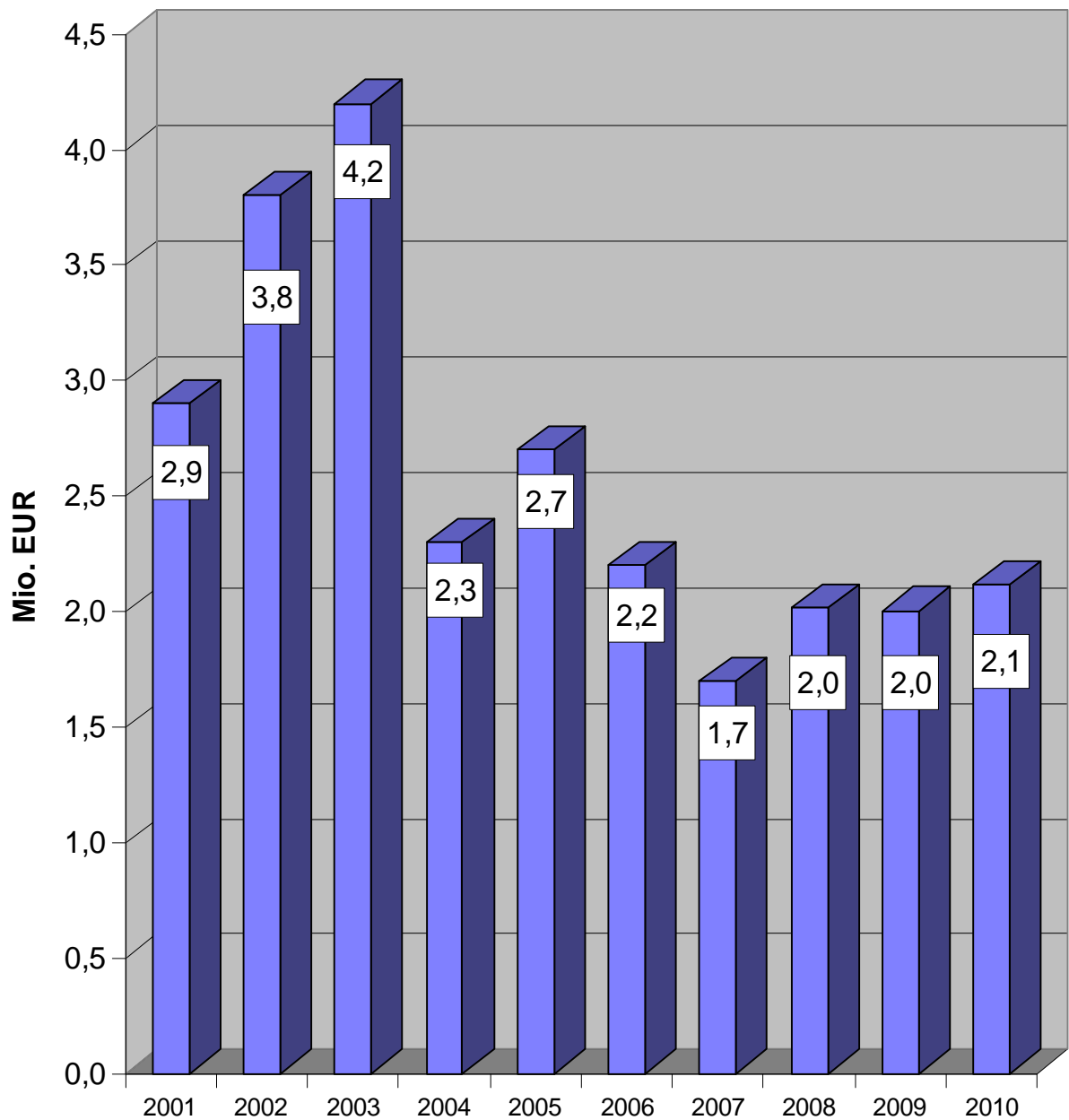
Entwicklung der Zahlungen an den Kreis



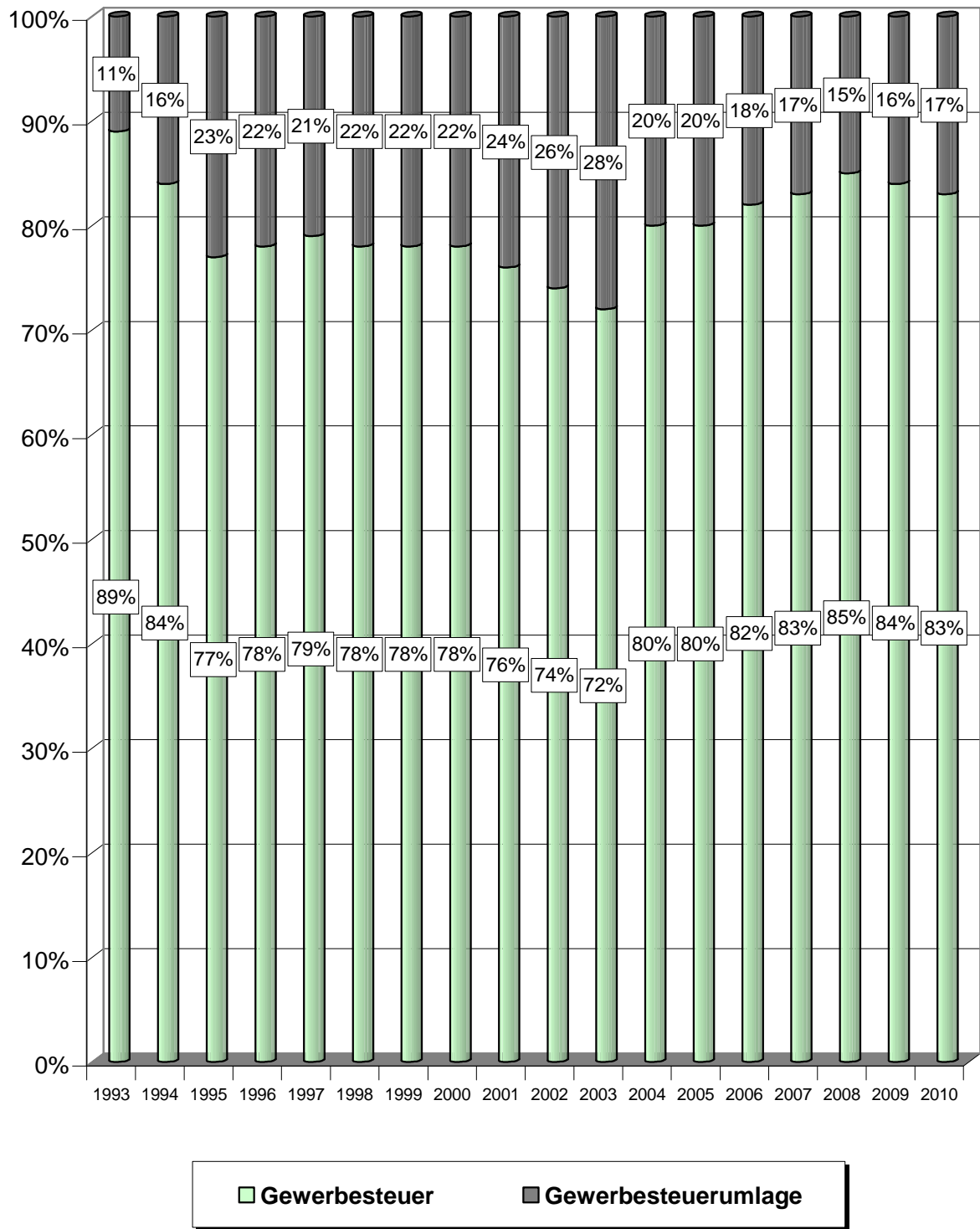
Entwicklung des planmäßigen Schuldendienstes



Entwicklung der Gewerbesteuerumlage



Anteil der Gewerbesteuerumlage an der Gewerbesteuer



Die Zuschussbudgets der Fachbereiche

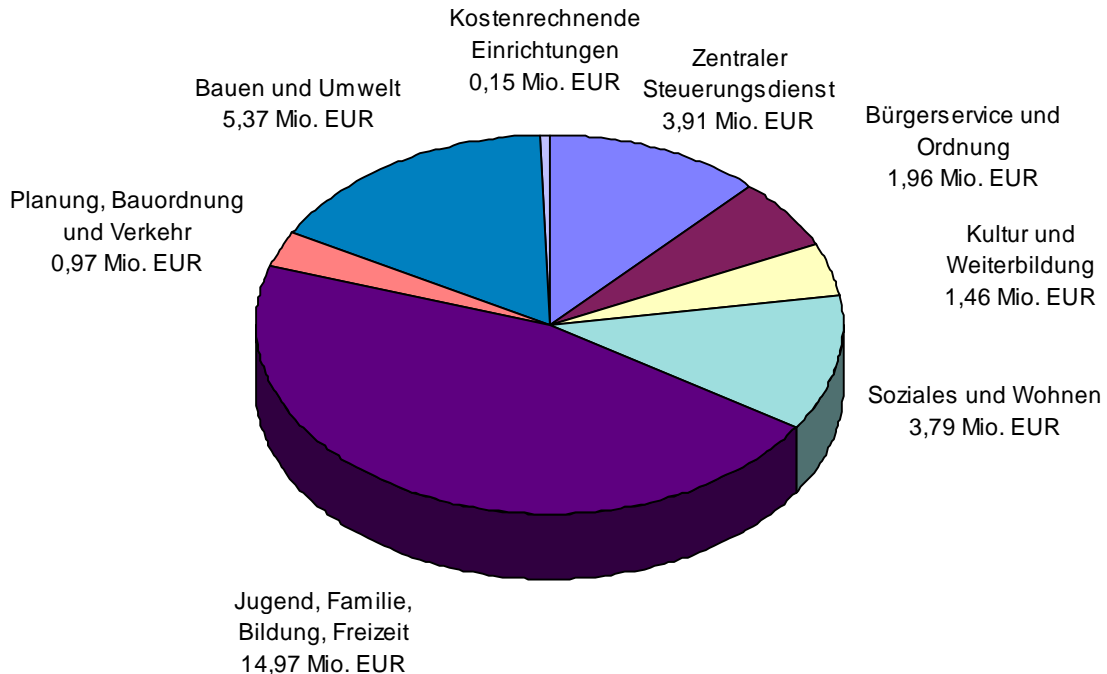
Im Haushaltsjahr 2010 sind für die Aufgabenerfüllung der Fach- und Budgetbereiche im Ergebnisplan Zuschussbudgets in einer Gesamthöhe von rd. 32,6 Mio. € erforderlich. Im Haushaltsjahr 2009 betrug die entsprechende Summe der Zuschussbudgets demgegenüber ca. 32,0 Mio. €, mithin rd. 0,6 Mio. € weniger. Durch äußerste Zurückhaltung bei der Veranschlagung von Aufwendungen, teilweise Risikoveranschlagungen, sind bei den meisten Budgets im Vergleich zum Vorjahresansatz keine gravierenden Veränderungen des Zuschussbedarfs eingetreten. Einen nennenswerten Anstieg des Zuschussbedarf verzeichnen lediglich die Budgets Soziales und Wohnen um rd. 250.000 € und Bauen und Umwelt um etwa 300.000 €.

Soweit erforderlich werden sonstige Besonderheiten und die Gründe für Änderungen im Finanzbedarf der Fachbereiche in Erläuterungen, die den jeweiligen Budgets vorangestellt sind, näher ausgeführt.

Dem Gesamt-Zuschussbedarf der Fach- und Budgetbereiche von 32.576.800 € steht allerdings, wie zuvor dargestellt, im Entwurf des Ergebnisplans ein Überschuss des Zentralhaushalts von nur 27.043.800 € zur Verfügung, so dass der Gesamtergebnisplan-Entwurf 2010 mit einem Fehlbedarf von 5.533.000 € abschließt.

Die folgende Grafik veranschaulicht die Verteilung des Gesamt-Zuschussbedarfs auf die Budgets der einzelnen Fachbereiche. Das mit Abstand größte Budget mit einem Zuschussbedarf von rd. 15 Mio. € ist das des Fachbereichs Jugend, Familie, Bildung, Freizeit. Vor allem in Schulen, Kindergärten und Aufgaben der Jugendhilfe fließen nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf fast 46 % des Gesamt-Zuschussbedarfs im Ergebnisplan 2010.

Verteilung des Gesamt-Zuschussbedarfs auf die Budgets (rd. 32,58 Mio. EUR)



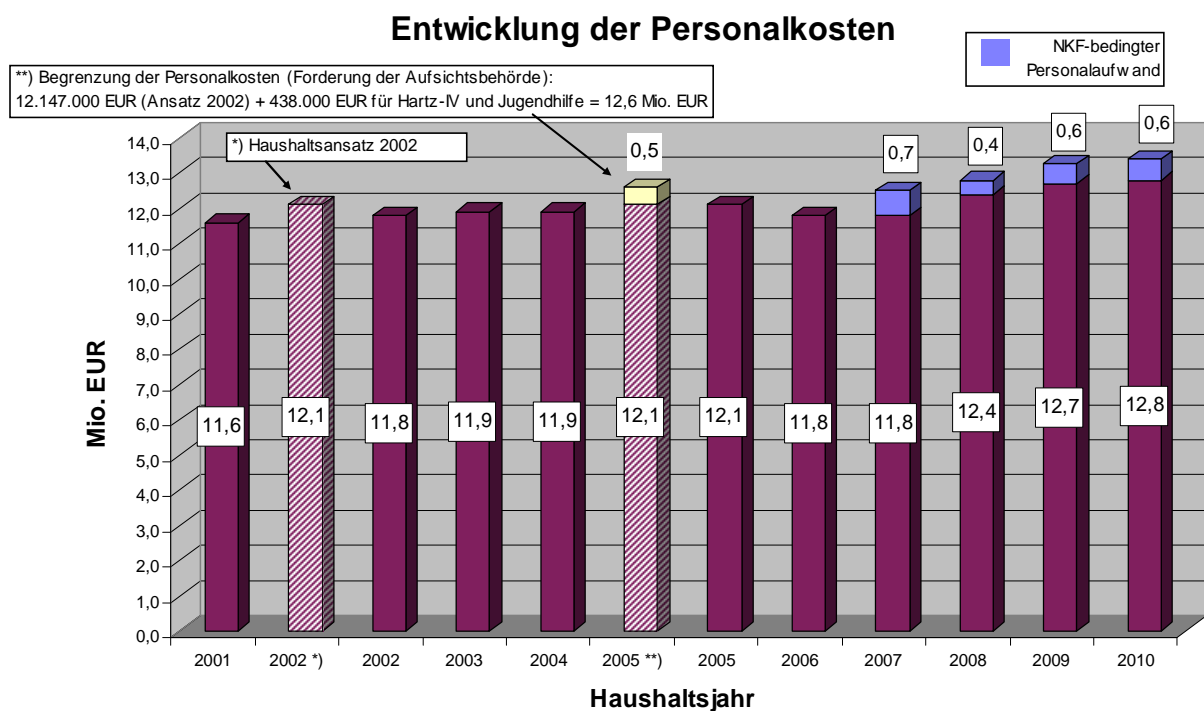
Personalaufwendungen steigen 2010 leicht an

Der Ergebnisplan-Entwurf 2010 sieht wiederum NKF-bedingte Aufwendungen im Personalkostenbereich vor. Es handelt sich um Zuführungen an Pensions- und Beihilferückstellungen für aktive Beamte in Höhe von zusammen 926.000 €. Ihnen stehen Erträge gegenüber, und zwar aus der Auflösung bzw. Herabsetzung von Pensions- und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger in Höhe von 322.000 €, so dass insoweit eine NKF-bedingte Zusatzbelastung des Ergebnisplans von 604.000 € vorliegt (Ansatz 2009: 558.000 €, mithin eine Erhöhung der Belastung gegenüber dem Vorjahr um 46.000 €).

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen im Übrigen (ohne die genannten NKF-bedingten Aufwendungen) steigen von 12.721.000 € (Ansatz 2009) um 77.000 € bzw. 0,6 % auf 12.798.000 € (Entwurfsansatz 2010).

In die Personalaufwendungen einzurechnen waren u. a. die für 2010 vorgesehenen Besoldungs- und Tarifierhöhungen, außerdem das Leistungsentgelt für Tarifbeschäftigte gem. § 18 TVöD wie auch für die Beamten.

In der folgenden Grafik sind, soweit nicht anders angegeben, bis einschl. 2007 Rechnungsergebnisse (teilweise vorläufig) und für die Jahre 2008 bis 2010 die Haushaltsansätze ausgewiesen. Sie zeigt, dass es in den vergangenen Jahren, insbesondere während der Phase der Haushaltssicherung von 2003 bis 2006, gelungen ist, einer Ausweitung der Personalkosten äußerst wirksam entgegenzutreten. In den letzten Jahren war dies aufgrund von Besoldungs- und Tarifierhöhungen und nach vollständiger Ausschöpfung von Einsparungsmöglichkeiten gemäß dem aufgestellten Personalkonzept nicht mehr realisierbar.



Verwiesen wird im Übrigen auf den dem Haushaltsplan-Entwurf als Anlage beigefügten Entwurf des Stellenplans 2010, dem zur zusätzlichen Information eine detaillierte Übersicht der Personalaufwendungen und Stellenanteile je Produkt beiliegt. Eine Darstellung der Stellenanteile findet sich daneben erstmals auch bei den einzelnen Produkten innerhalb der Produktinformation.

Allgemeine Hinweise zum Gesamtergebnisplan und den Teilergebnisplänen

Die Personalaufwendungen sind den jeweiligen Produkten direkt zugeordnet worden. Im Bereich der sächlichen Aufwendungen erfolgen interne Leistungsverrechnungen mit dem im Budget des Fachbereichs Zentraler Steuerungsdienst eingerichteten Produkt 10.90 (Sächlicher Aufwand für die Gesamtverwaltung).

Die Entwurfs-Ansätze des laufenden Haushaltsjahres 2010 wurden in der Regel mangels besserer Erkenntnisse auch in die folgenden Finanzplanungsjahre bis 2013 übernommen, wobei Wert darauf gelegt wurde, im Bereich der Aufwendungen/Auszahlungen auf dem eingeschlagenen Konsolidierungsweg zu bleiben. Soweit allerdings Änderungen bereits bekannt oder zumindest absehbar waren, sind natürlich die neuen Werte entsprechend abgebildet worden. Berücksichtigt wurden darüber hinaus die vom Innenministerium bekannt gegebenen Orientierungsdaten, die soweit notwendig, an die örtlichen Verhältnisse angepasst wurden. Eine Garantie, dass künftige Finanzentwicklungen auch so eintreten, kann natürlich, wie auch in der Vergangenheit mitunter festzustellen war, nicht übernommen werden.

Gesamtfinanzplan und Teilfinanzpläne

In den Teilfinanzplänen der einzelnen Produkte und in ihrer Zusammenfassung im Gesamtfinanzplan sind alle geplanten Ein- und Auszahlungen enthalten. Neben den Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit gehören dazu vor allem auch die Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Letztere stellen im NKF, ebenso wie die Aufnahme und Tilgung von Krediten, weder Erträge noch Aufwendungen dar.

Eine Auflistung der geplanten Investitionsauszahlungen findet sich bei den einzelnen Produkten, natürlich nur, sofern Investi-

tionen vorgesehen sind, jeweils im Anschluss an den Teilfinanzplan. Die Auflistung enthält ggf. auch Verpflichtungsermächtigungen und ist untergliedert in Investitionen oberhalb und unterhalb der Wertgrenze gem. § 8 des Entwurfs der Haushaltssatzung.

Sofern einer Investitionsauszahlung eine Investitionseinzahlung (z. B. Erschließungsbeiträge oder eine Landeszuweisung) zuzuordnen ist, wird diese Einzahlung in der Auflistung bei der jeweiligen Maßnahme ausgewiesen.

Kreditermächtigung 2010 übersteigt die Tilgung: Netto-Neuverschuldung von fast 1,7 Mio. €

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2010 sieht eine Kreditermächtigung (ohne mögliches Umschuldungsvolumen) in Höhe von 2.624.400 € vor. Für die ordentliche Kredittilgung ist ein Betrag von 932.000 € eingeplant. Das bedeutet, dass der Haushaltsentwurf 2010 momentan eine Zunahme der Verschuldung der Stadt um rd. 1,7 Mio. € vorsieht. Diese Entwicklung wird mit großer Sorge betrachtet. Das vordringliche Anliegen, durch, wie in den letzten Jahren geschehen, Zurückfahren der Verschuldung Haushaltsbelastungen zu reduzieren, zur Haushaltskonsolidierung beizutragen und Handlungsspielräume zu gewinnen, kann so leider nicht weiterverfolgt werden.

Gegenüber der Kreditermächtigung des Vorjahres, die 490.650 € betrug und bis zum Abschluss der Aufstellung dieses Haushaltsentwurfs noch nicht in Anspruch genommen wurde, steigt der Kreditbedarf im Haushaltsentwurf 2010 damit um mehr als 2,1 Mio. € an. Insofern ist das Investitionsprogramm des Entwurfs im Laufe der Haushaltsberatungen nochmals kritisch zu durchforsten. Um einen wirksamen Abbau der bestehenden langfristigen Verschuldung erreichen zu können, ist es auch künftig erforderlich, dass die Kreditermächtigung und damit die Aufnahme neuer Kredite jeweils erheblich geringer sind als das Tilgungsvolumen bestehender Kredite.

Die wichtigsten Baumaßnahmen und Zuweisungen für Baumaßnahmen

In der nachstehenden Übersicht sind alle investiven Baumaßnahmen mit einem Kostenaufwand ab 50.000 €, die der Finanzplan für das Haushaltsjahr 2010 vorsieht, zusammengefasst.

Budget	Maßnahme	EUR
Bauen und Umwelt	Hansestraße	61.100
	Erschließungsmaßnahme Bahnprojekt: Lübbesmeyerweg	195.500
	Bahnhofsbereich: B+R-Anlage und P+R-Anlage	116.000
	Zuschuss an die Stadtentwicklungsgesellschaft	206.000
	Haltestelle Schulzentrum	351.000
	Aufwertung der Bushaltestellen (Wartehallen)	70.000
	Neutorstraße	68.000
	Zusätzl. Parkplatz Holtwicker Straße	60.000
	Ausbau von Wirtschaftswegen	200.000
	Außenbereich: Eisenbahnkreuzungsgesetz-Maßnahmen	102.000
	Kinderspielplätze	80.000
	Pavillons Heriburg-Gymnasium	215.500
	Umbaumaßnahmen ULF-Gebäude	749.000
	Ganztagsbereich Th.-Heuss-Schule	375.400
	Aufenthalts- und Speisenbereich Freiherr-vom-Stein-Schule	135.900
	Aufenthalts- und Speisenbereich Kreuzschule	196.200
	Baumaßnahmen Baubetriebshof	143.000

Projektbezogene Zuweisungen, soweit sie über 50.000 € liegen, haben wir 2010 zu folgenden Baumaßnahmen eingeplant:

Budget	Maßnahme	EUR
Bauen und Umwelt	Bahnhofsbereich: B+R-Anlage und P+R-Anlage	100.000
	Haltestelle Schulzentrum	253.000
	Aufwertung der Bushaltestellen (Wartehallen)	52.500
	Hochwasserschutzmaßnahme Süd-Ost: HRB Kalksb. Bach	200.000
	Aufenthalts- u. Speisenbereich Freiherr-vom-Stein-Schule (Schulpauschale)	135.900
	Aufenthalts- u. Speisenbereich Kreuzschule (Schulpauschale)	196.200

Neben diesen (kleineren) Einzelzuweisungen erhält die Stadt Coesfeld in 2010 zur Finanzierung von Investitionen (teilweise auch von Sanierungsmaßnahmen im Schulbereich) noch pauschale Zuweisungen aus der Feuerschutzsteuer bzw. aus dem Landessteuerverbund. Es handelt sich um die Schul- und Bildungspauschale in Höhe von rd. 1.258.000 €, die Allgemeine Investitionspauschale (ca. 1.066.000 €), die Sportpauschale (ca. 99.000 €) und die Feuerwehrpauschale (ca. 102.000 €).

Verpflichtungsermächtigungen: Auszahlungen erst in späteren Jahren

Verpflichtungsermächtigungen erlauben es, im Bereich der Investitionsauszahlungen z. B. Aufträge zu erteilen oder Verträge abzuschließen, also Zahlungsverpflichtungen einzugehen, die allerdings nicht bereits im laufenden Haushaltsjahr kassenwirksam werden dürfen, d. h. Auszahlungen darstellen. Auszahlungsmäßig werden dann erst künftige Haushaltsjahre belastet.

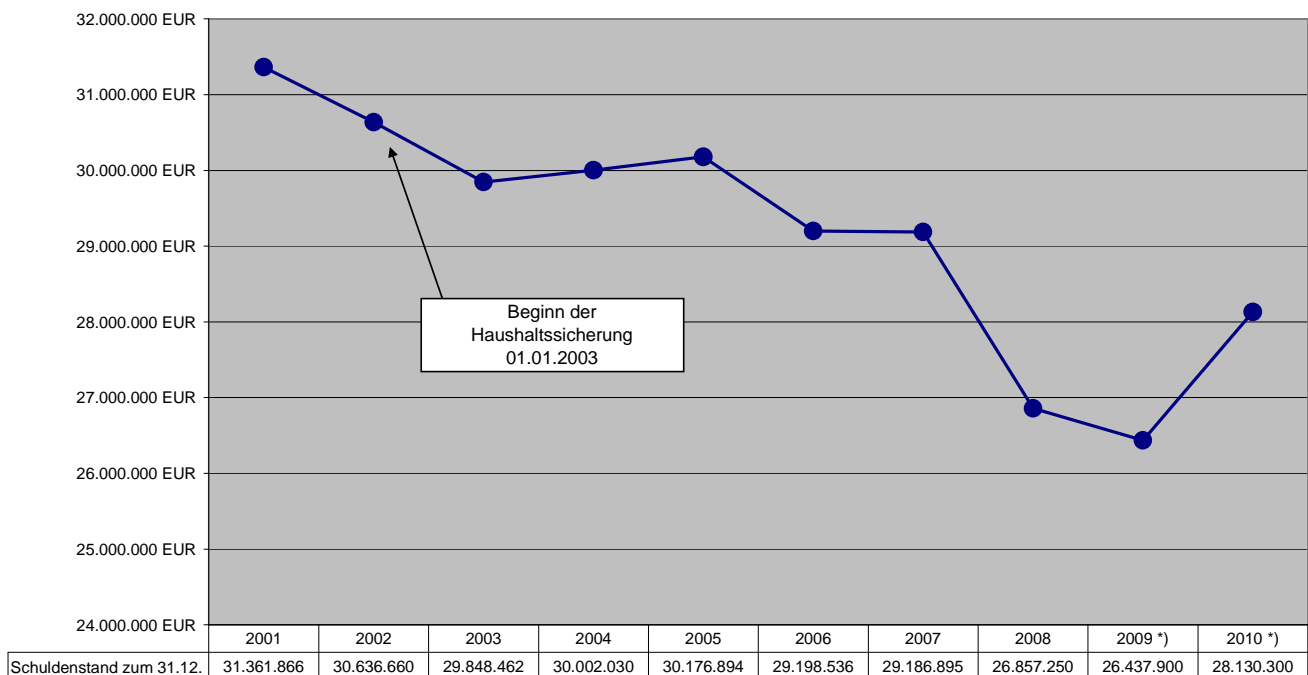
Im Haushalt 2010 ist lediglich eine Verpflichtungsermächtigung über 272.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2011 für die Baumaßnahme Blomenesch/Darfelder Weg eingeplant, damit eine entsprechende Auftragsvergabe erfolgen kann.

Vermögen und Schulden der Stadt

Bezüglich des Vermögens und der Schulden der Stadt wird auf den zum Stichtag 01.01.2007 aufgestellten Entwurf der Eröffnungsbilanz verwiesen. Das NKF verlangt eine vollständige Erfassung und Bewertung des städtischen Vermögens. Das Vermögen ist den Schulden gegenüberzustellen, woraus sich das in der Eröffnungsbilanz auszuweisende Eigenkapital ergibt. Das Eigenkapital ist somit lediglich eine rechnerische Größe, nicht etwa auf einem Bankkonto befindliche liquide Mittel.

Die Entwicklung der langfristigen Verschuldung ist in der nachstehenden Grafik dargestellt. In dem ausgewiesenen Zeitraum von Ende 2001 bis Ende 2009 konnte bzw. kann der Schuldenstand um über 4,9 Mio. € verringert werden. Um so bedauerlicher ist, dass er nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf in 2010 – bei aus heutiger Sicht maximal möglicher Kreditaufnahme – um fast 1,7 Mio. € ansteigen könnte.

Entwicklung des Schuldenstandes



*) Schuldenstand, falls maximal mögliche Kreditaufnahme realisiert wird

An dieser Stelle ist nach dem Runderlass zur Kreditwirtschaft der Gemeinden auch auf bestehende Finanzierungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Leibrenten und Schuldendiensthilfen für Darlehen an Sportvereine) einzugehen. Insoweit bestehen am 01.01.2010 Verpflichtungen in einer Gesamthöhe von rd. 106.810 €, die im Laufe des Jahres 2010 um rd. 31.414 € auf rd. 75.396 € zum 31.12.2010 abgebaut werden.

Kassenlage und Liquiditätssteuerung

Die Stadtkasse war auch im Haushaltsjahr 2009 bislang stets in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachzukommen. Dazu war sie jedoch an den meisten Tagen auf eine Kassenbestandsverstärkung durch Kredite zur Liquiditätssicherung angewiesen. Vor allem nach den Steuerterminen Mitte Februar, Mitte Mai, Mitte August und Mitte November bewegte sich der Kassenbestand, in dem auch die Sonderkasse des Abwasserwerks enthalten ist, jeweils kurzfristig im positiven Bereich, ohne Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen zu müssen.

Um auch 2010 eine angemessene und flexible Liquiditätssteuerung vornehmen zu können und um die dauernde Zahlungsbereitschaft der Stadtkasse sicherzustellen, wird im § 5 des Entwurfs der Haushaltssatzung 2010 vorgeschlagen, den Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wie im Vorjahr vorsorglich auf 12 Mio. € festzulegen. Dabei wird aber nicht davon ausgegangen, dass ein solcher Betrag auch tatsächlich in Anspruch genommen werden muss.

Insgesamt ist die Liquiditätssituation aber aus folgenden Gründen deutlich angespannter als im Vorjahr 2009: Im Entwurf des Gesamtfinanzplans 2010 ergibt sich durch die Überleitung der liquiditätswirksamen Erträge und Aufwendungen in die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ein Minus von rd. 2,4 Mio. €. Dieser Betrag belastet ebenso wie die vorgesehene Tilgung von Krediten in Höhe von fast 1 Mio. € den Kassenbestand, so dass insoweit ein Ausgleich durch Kredite zur Liquiditätssicherung erfolgen muss, um die Zahlungsbereitschaft der Stadtkasse zu gewährleisten.

Rahmenbedingungen und Planung für 2010

Der Entwurf des Gesamtfinanzplans 2010 enthält Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 57,58 Mio. € und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd.

60,01 Mio. €, woraus sich der soeben bereits erwähnte negative Liquiditätssaldo von 2.431.600 € (Zeile 17) ergibt.

Darüber hinaus werden im Entwurf des Gesamtfinanzplans für 2010 ferner Einzahlungen (ca. 5,14 Mio. €; hauptsächlich Investitionspauschalen und sonstige Zuwendungen) und Auszahlungen (rd. 7,77 Mio. €; in erster Linie Baumaßnahmen, Auszahlung aktivierbarer Zuwendungen im Hinblick auf die Investitionsförderung U3-Betreuung und Erwerb beweglichen Vermögens) aus Investitionstätigkeit ausgewiesen, woraus sich ein negativer Saldo aus Investitionstätigkeit von 2.624.400 € errechnet. Ihm steht die vorgesehene Kreditaufnahme für Investitionen in derselben Höhe gegenüber. Letztlich muss somit der Kassenbestand, wie dargestellt, zur Deckung der Liquiditätslücke aus laufender Verwaltungstätigkeit und zur ordentlichen Kredittilgung durch Kredite zur Liquiditätssicherung in Höhe von fast 3,4 Mio. € (Zeile 34 des Entwurfs des Gesamtfinanzplans 2010) gestärkt werden. Insoweit steigt die Verschuldung durch die Aufnahme von Krediten für Investitionen und zur Liquiditätssicherung 2010 um insgesamt ca. 6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr an. Diese Entwicklung wird für sehr bedenklich gehalten.

Kredite zur Umschuldung werden weder in der Haushaltssatzung noch im Gesamtfinanzplan dargestellt, da sie sich neutral verhalten – es wird lediglich ein Kredit durch einen anderen abgelöst, wenn mit dem bisherigen Gläubiger keine Einigung über neue Konditionen zustande kommt.

Rahmenbedingungen und Planung für 2011 bis 2013

Für die dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahre 2011, 2012 und 2013 bleibt es aus heutiger Sicht bei Negativsalden aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 17 des Entwurfs des Gesamtfinanzplans), wobei diese aber ab 2012 rückläufig sind. Bei den Einzahlungen werden aus heutiger Sicht, vom Jahr 2011 abgesehen, Zuwächse erwartet, während die Auszahlungen aufgrund der weiteren Konsolidierungserfordernisse teilweise nur sehr

gemäßigt bzw. überhaupt nicht ansteigen sollen. Inwieweit Letzteres gelingt, wird davon abhängen, wie ernsthaft weitere Konsolidierungsanstrengungen unternommen werden und in welchem Umfang externe Belastungen auf den Haushalt zukommen. Es kann somit nicht ausgeschlossen werden, dass die Entwicklung in den kommenden Jahren auch schlechter als im Entwurf des Gesamtfinanzplans gezeigt ausfallen wird. Es handelt sich hier um eine auf die örtlichen Verhältnisse abgestellte Prognose unter Berücksichtigung der vom Innenministerium zur Verfügung gestellten Orientierungsdaten. Konjunkturelle Entwicklungen, Preissteigerungen allgemein, Erhöhungen beim Personalaufwand etc. lassen sich nicht definitiv voraussagen.

Der im vorliegenden Entwurf des Gesamtfinanzplans für die kommenden Jahre ausgewiesene Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit bleibt jeweils negativ. Dies bedeutet gleichzeitig, dass aus der laufenden Verwaltungstätigkeit kein Finanzierungsbeitrag zur Finanzierung von Investitionen oder zur Kredittilgung erwirtschaftet werden kann. In der Konsequenz müssen daher Auszahlungen für Investitionen, soweit nicht Einzahlungen aus Investitionstätigkeit, z. B. Investitionspauschalen, andere Zuweisungen oder Erlöse aus Vermögensveräußerung, zur Verfügung stehen, voll kreditfinanziert werden. Daneben bleibt, wie bereits in 2010, auch in den kommenden Jahren nur die Möglichkeit, den zum Ausgleich des Negativsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit und zur ordentlichen Kredittilgung notwendigen Kassenbestand aus Krediten zur Liquiditätssicherung zu beschaffen. Konsequenzen: Anstieg der Verschuldung und Belastung der Haushalte durch Zinsaufwendungen.

Im Gesamtergebnisplan wird mit fast 7 Mio. € im Haushaltsjahr 2011 ein gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich erhöhtes Defizit erwartet, das sich dann in den Folgejahren nach und nach vermindern soll. Eine vollständige Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und damit die Fiktion eines ausgeglichenen Haushalts, wird, wie dargestellt, aber nur noch in 2010 möglich sein. 2011 muss bereits, wenn die Entwicklung in den kom-

menden Jahren so wie momentan angenommen bleibt, eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgenommen werden, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Sowohl die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage als auch die Verringerung der allgemeinen Rücklage bedeuten den Verzehr von Eigenkapital, den das NKF im Sinne intergenerativer Gerechtigkeit eigentlich vermeiden will. Leider ist die gegenwärtige Finanzsituation nicht dazu geeignet, diesen Prinzipien treu zu bleiben.

Haushaltsgestaltung muss auf Konsolidierung ausgerichtet bleiben, es bedarf aber auch der Hilfe von außen

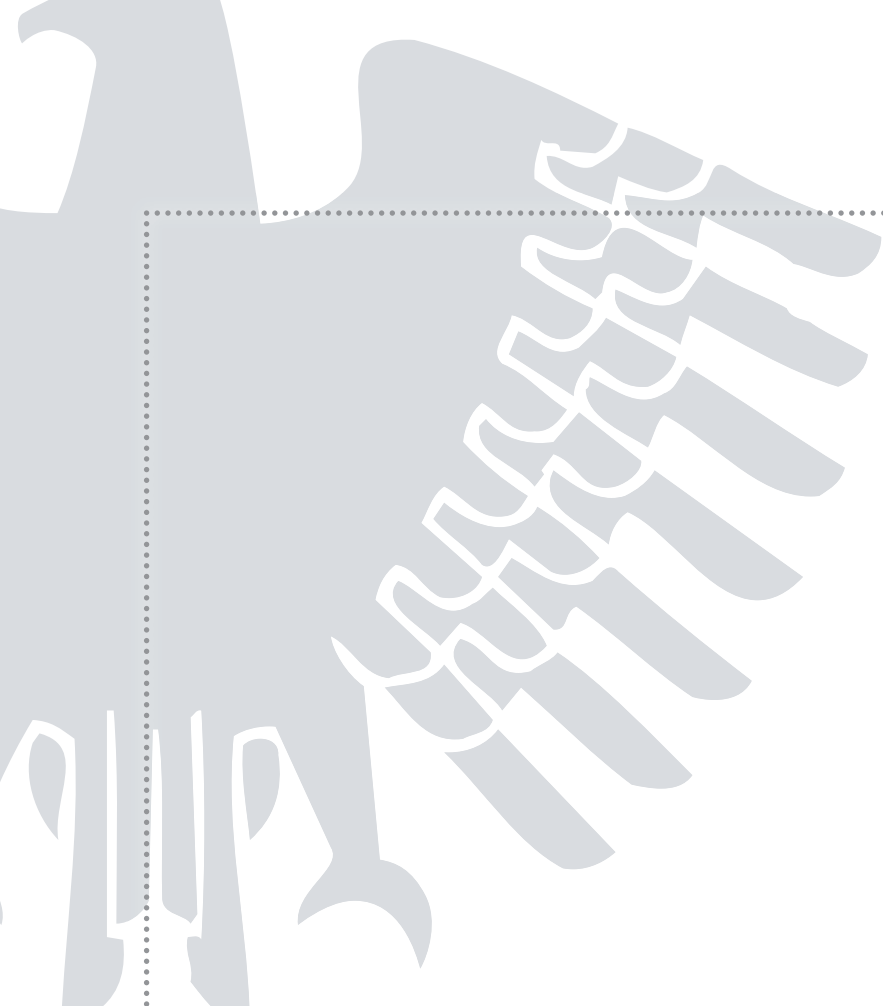
Eine Dauerlösung kann die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage, zumal diese dann auch eines Tages erschöpft wäre und Überschuldung droht, aber nicht sein. Es muss daher durch verstärkte Konsolidierungsanstrengungen alles daran gesetzt werden, den Ergebnisplan und die Ergebnisrechnung originär auszugleichen und dabei auch die NKF-bedingten Belastungen auf Dauer zu kompensieren. Der vorliegende Haushaltsentwurf 2010 und die Zahlen für die Folgejahre zeigen eindringlich, dass das Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnisplans schwierig bis unmöglich sein wird, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht entscheidend verbessern und auch Hilfe von außen kommt. Es ist dringend an der Zeit, dass auch für Städte und Gemeinden ein Rettungsschirm aufgespannt wird.

Die im Anschluss an diesen Vorbericht im vollen Wortlaut wiedergegebene Resolution des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 1. Dezember 2009 beschreibt die dramatische Situation zutreffend und verdient hinsichtlich der erhobenen Forderungen jede Unterstützung.

Coesfeld, im Dezember 2009



Manfred Schlickmann
Kämmerer



Resolution des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 1. Dezember 2009

Deutscher Städte- und Gemeindebund, Marienstraße 6, 12207 Berlin
Kontakt: Franz-Reinhard. Habbel@dstgb.de

Stand: 1. Dezember 2009



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de



**Resolution des Präsidiums
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 1. Dezember 2009**

Rettungsschirm für Städte und Gemeinden aufspannen Investitionskraft stärken – Wachstum ermöglichen

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind in den Städten und Gemeinden immer deutlicher zu spüren. Steuereinnahmen brechen dramatisch ein, gleichzeitig explodieren die Sozialausgaben. Kommunen sollen Kinder betreuen und für Sicherheit sorgen, Schulen sanieren und Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken – kurzum ein attraktives Umfeld vor Ort garantieren.

Diese Leistungen werden von Bund und Ländern den Kommunen auferlegt und gleichzeitig werden den Bürgerinnen und Bürgern immer weitere Leistungen versprochen: Im Rahmen eines Rechtsanspruches sollen innerhalb weniger Jahre Hunderttausende von Krippenplätzen geschaffen werden, Kommunen sollen mehr für Bildung tun, investieren und zum Klimaschutz beitragen. Gleichzeitig fordern Staat und Gesellschaft bürgerfreundliche Kommunen und eine Neuausrichtung der Kommunen für die älter werdende Gesellschaft.

Wie das vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage realisiert werden kann, bleibt völlig offen.

Die Schere zwischen wegbrechenden Einnahmen und explodierenden Ausgaben der Kommunen wird sich in den nächsten

Jahren weiter öffnen. Die Finanzkrise bestimmt längst die politischen Entscheidungen vor Ort. Pflichtaufgaben und Personallasten könnten oftmals nur durch Kassenkredite finanziert werden.

Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres stiegen die Kassenkredite um +2,8 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro an. Inzwischen liegt der Anteil der Kassenkredite an der Gesamtverschuldung der Kommunen bei 41 Prozent! Damit muss die heutige Lebensqualität von den folgenden Generationen finanziert werden – eine unverantwortliche Entwicklung.

Die kommunale Selbstverwaltung ist akut in Gefahr! Die vermehrte gesetzliche Aufgabenzuweisung durch Bund und Länder sowie zunehmende Qualitätsanforderungen ohne angemessenen finanziellen Ausgleich führen zu einer dramatischen Überlastung der Kommunen. Attraktivität und Lebensqualität für Bürger und Unternehmen werden damit in Frage gestellt. Die Kommunen werden ihre öffentlichen Aufgaben in Zukunft nicht mehr in dem Umfang und der Qualität erfüllen können. Dies hat auch gravierende Auswirkungen für Staat und Gesellschaft.

Angesichts dieser prekären Lage fordern die deutschen Städte und Gemeinden einen Rettungsschirm und ein dauerhaftes kommunales Konsolidierungspaket. Hierzu gehören

- **Deutliche Erhöhung der Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft für SGB II-Empfänger.**
- **Kompensation der Steuermindereinnahmen der Städte und Gemeinden im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.**
- **Kurzfristige Überbrückungshilfen für mindestens zwei Jahre, damit Städte und Gemeinden in der Krise im Interesse von Staat und Gesellschaft handlungsfähig bleiben.**
- **Kurzfristige Einführung eines Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Handicap.**
- **Finanziell unterlegtes Bekenntnis des Bundes, dass es sich bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.**
- **Ein dauerhaftes Konzept, das die Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben der Kommunen ohne immer neue Schulden sichert, dazu gehört auch eine starke Gewerbesteuer.**

Das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes fordert, den Weg aus der Krise gemeinsam zu gehen und kurzfristig einen

Kommunalgipfel von Bund, Ländern und Kommunen einzuberufen.

Dieser muss zur Lösung der drängenden Probleme zusammenkommen, um einen Rettungsschirm aufzuspannen, der die Investitionskraft der Kommunen stärkt, Wachstum ermöglicht und die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichert.